

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 51

Erste Ausgabe Sonntag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Aus Vorbezug.  
Bestellung bei allen Postämtern

Berlin, den 14. Dezember 1930

Verlagshaus Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV  
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

## Notverordnung!

### Kleine Erleichterungen — Große Belastungen!

Der Reichstag hat am 6. Dezember durch die Ablehnung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und der gegen die Regierung Brüning gerichteten Mißtrauensanträge eine für die nächste Zukunft Deutschlands maßgebende Situation geschaffen. Die Politiker versprechen sich von der Klarstellung der Verhältnisse durch diese Reichstagsentscheidungen sehr viel für die kommende Entwicklung. Sie bekunden damit eine Auffassung, deren Richtigkeit sich erst noch wird erweisen müssen, denn der gesamte Fragenkomplex, der durch die Notverordnung seine Erledigung gefunden hat, birgt doch bei einigen Erleichterungen (Krankenschein, Arzneigegebühr) weitere große Belastungen für den Arbeiterhaushalt in sich, die sich z. T. erst später auswirken werden (Mietengesetz, Mieterschutz, Schankverzehrssteuer, Zollerhöhungen usw.)

Die Brüning'sche Notverordnung ist ein dickleibiges Werk geworden, das sich in neun Teile mit folgenden Untertiteln gliedert:

1. Änderung der Notverordnung vom 26. Juli 1930.
2. Sicherungen des Haushaltes.
3. Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung.
4. Senkung von Realsteuern und Verkehrssteuern.
5. Finanzausgleich.
6. Fragen der Reichsbank, der Golddiskontbank und der Rentenbank.
7. Wohnungswirtschaft.
8. Schutz der Landwirtschaft.
9. Vereinfachung und Ersparnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege.

Wie der erste Untertitel erkennen läßt, enthält die neue Notverordnung neben dem Finanzprogramm zur Sicherung des Reichshaushaltes auch Abänderungen der alten Notverordnung vom 26. Juli. Diese Änderungen betreffen Bestimmungen der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung, sowie der Bürgersteuer. In den Verhandlungen mit der Regierung ist die völlige Befreiung der Arzneigegebühr und der Krankenscheingegebühr nicht erreicht worden, ebensowenig die Befreiung der Bürgersteuer. Die Regierung hat zwar die Abänderlichkeit der alten Notverordnung anerkennen müssen, ihr Entgegenkommen kann jedoch nicht allzu hoch bewertet werden.

In bezug auf die Krankenversicherung enthält die Notverordnung folgende Verbesserungen:

Die Arzneigegebühr wird völlig aufgehoben: a) sofern die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als zehn Tage dauert; b) für sämtliche Arbeitslose (Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung); c) für alle Personen, die aus der Invaliden-, Angestelltenversicherung und Unfallversicherung Rente oder Ruhegeld beziehen; d) für Schwerverbeschädigte (Kriegsbeschädigte, die nach der Reichsvorsorge Rente beziehen); e) für Tuberkulose und Geschlechtskrankte, die von ihrer Fürsorge oder Beratungsstelle eine Bescheinigung beibringen.

Für die Krankenscheingegebühr gelten dieselben Frei Bestimmungen wie für die Arzneigegebühr. Außerdem kann der Krankenschein nachträglich geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder in sonst dringenden Fällen.

Für Lohn- und Gehaltsempfänger, die neben dem Krankengeld ihr volles Gehalt beziehen, muß künftig der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt werden. Außerdem kann das Krankengeld erhöht werden. Für den gleichen Personenkreis ist durch eine Änderung des § 63 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches, des § 133c Abs. 2 der Gewerbeordnung und des § 616 des BGB. bestimmt worden, daß der Anspruch auf Gehalt oder Lohn nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden kann.

Das Hausgeld war durch die Notverordnung vom 26. Juli auf die Hälfte gekürzt worden. Jetzt wird den Krankenkassen das Recht gegeben, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen. Daneben wird für jeden Angehörigen ein Zuschlag von fünf Prozent zugelassen.

Die Schwerverkriegsbeschädigten, die eine Zusatzrente beziehen, sind ebenfalls von der Entrichtung der Gebühr für den Krankenschein und den Krankenschein befreit.

Bei der Arbeitslosenversicherung sind folgende Verbesserungen vorgesehen: Den Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren soll der ihnen durch die Notverordnung genommene Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung wiedergegeben werden.

Der Paragraph 105a der Arbeitslosenversicherung, nach dem die Unterstützungssätze bei einer unter 52 Wochen liegenden Anwartschaft gekürzt werden, wird dadurch verbessert, daß der Berechnungszeitraum von 18 auf 24 Monate ausgedehnt wird.

In Fällen, in denen die den Versicherten ordnungsgemäß abgezogenen Beiträge durch die

Unternehmer nicht abgeführt worden sind, muß trotzdem den Versicherten die Unterstützung in voller Höhe gewährt werden.

Auch die sog. Bürgersteuer wurde wesentlich geändert, sie darf nur erhoben werden, wenn eine über 20 Jahre alte Person selbständig auf eigene Rechnung lebt. Ältere Familienangehörige, die ein selbständiges Einkommen nicht haben und bei Verwandten wohnen, sind steuerfrei. Die Bürgersteuer darf auch nicht erhoben werden von Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, oder bei denen die Ausübung des Wahlrechts ruht oder die rechtlich an der Ausübung des Wahlrechts verhindert sind. Wichtiger ist die Befreiung aller Personen, die Arbeitslosenunterstützung, Kriegsbeschädigtenrente oder Fürsorgeunterstützung erhalten. Diese Freistellung gilt auch für die Sozialrentner, deren Jahreseinkommen 900 Mk. nicht übersteigt und die über sonstiges Einkommen nicht verfügen. Durch diese Bestimmung sind alle Arbeitslosen und fast alle Sozial- und Kleinrentner von der Bürgersteuer ausgenommen. Die Bürgersteuer wird gestaffelt, es bleibt für alle Einkommen unter 1200 Mk. bei dem Satz von 3 Mk. Die Einkommen zwischen 1200 Mk. und 4500 Mk. zahlen 6 Mk., zwischen 4500 und 6500 Mk. 9 Mk., zwischen 6500 Mk. und 8000 Mk. 12 Mk. usw., so daß der höchste Betrag von 2000 Mk. bei einem Einkommen von 500 000 Mk. gezahlt werden muß. Für Ehefrauen ist ein Zuschlag von 50 Proz. vorgesehen. Die besonders liebevolle Behandlung der reichen Leute durch die Regierung Brüning kommt hierbei recht treffend zum Ausdruck. Wer nur über ein Einkommen von 1000 Mk. zu verfügen hat, der zahlt 3 pro Mille Bürgersteuer, wer dagegen über 1 Million verfügen kann, der zahlt nur 2 pro Mille.

Die Notverordnung bringt weiter die sechsprozentige Gehaltskürzung für die Reichsbeamten und für die Beamten der Länder, Gemeinden und der sonstigen der Landesaufsicht unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts. Zum Gehalt rechnen in diesen Fällen neben den normalen Bezügen auch die Wart- und Ruhegelder, Hinterbliebenenbezüge u. ä.

Wie alle Maßnahmen der Brüning-Regierung eine schonende Behandlung des bedrückten Volkes, dagegen eine Bedrückung des wertschaffenden Volkes zur Voraussetzung haben, so auch die Notverordnung. Der Besitz erhält durch Senkung der Realsteuern ganz erhebliche Entlastungen, dem wertschaffenden Volk wird der Brotkorb durch allerlei Zoll- und Steuermaßnahmen und durch Verfälschung sonst einwandfreier Nahrungsmittel mit Ersatzstoffen noch höher gehängt.

Mit der Notverordnung soll eine Beruhigung der deutschen Wirtschaft und die Gesundung der Reichsfinanzen erreicht werden. Dazu gehört

jedoch auch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Scharfe soziale Kämpfe werden gegenwärtig zwischen den Unternehmern und der Arbeiterchaft ausgetragen. Der derzeitige Reichsarbeitsminister ist an diesen Kämpfen nicht unschuldig, er hat den Schlichtern die Anweisung gegeben, die Löhne zu senken und er hat die auf dieser Basis gefällten Schiedsprüche für verbindlich erklärt. Das war das Signal für die Unternehmer, auf der ganzen Linie die Löhne und Gehälter abzubauen. Gleichzeitig wurde der Versuch gemacht, durch eine Senkung einzelner Warenpreise die Lohnsenkungsfaktion tragbar erscheinen zu lassen. Die Löhne wurden schon vielfach um 4 bis 8 Proz. abgebaut, die Preisentwertung macht jedoch einen fast nicht erkennbaren Prozentsatz aus, teilweise sind die Preise bereits wieder in die Höhe gegangen. Es müßte darum an die Regierung das Verlangen gestellt werden, mit dem Inkrafttreten der Notverordnung

jeden Lohn- und Gehaltsabbau solange zu unterlassen, bis eine fühlbare Preisentwertung auf allen Gebieten erfolgt ist. Wenn durch die Notverordnung Beruhigung und Vertrauen für die Wirtschaft geschaffen werden soll, dann ist dies unmöglich, solange die Kämpfe um Lohn und Brot noch weiter mit aller Erbitterung ausgetragen werden müssen. **Mit der Herabsetzung des Lebensstandards für das schaffende Volk ist Schluß zu machen.** Die Preisentwertung hat sich als ein großer Schwindel erwiesen, dagegen sind die Lohnsenkungen in vielen Berufen bereits zur Tatsache geworden. **Denk denn die Regierung nicht daran, daß sie den Lohn- und Gehaltsempfängern in der heutigen schweren Zeit auch Erleichterungen zu bringen hat!** Dem Besitz werden Steuernachlässe, Subventionen, Liebesgaben aller Art und auch Steueramnestie im weitesten Umfang zugesichert auf Kosten der Arbeits- und Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung. **Soll denn das immer so bleiben?**

die Gewerkschaften zu allen anderen gangbaren und wirksamen Maßnahmen bereit. „Die Gewerkschaften“, so sagte Leipart, „sind nicht unbefehrbar. Wir sind jederzeit bereit, auf unsere Forderungen zu verzichten, wenn uns ein besseres Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes nachgewiesen wird. Ich fordere daher in aller Offenlichkeit auf: Man sage uns ein besseres Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zur Entlastung des Arbeitsmarktes! Solange uns dieses Mittel nicht mitgeteilt wird, solange werden wir auf unserer Forderung der 40-Stunden-Woche bestehen müssen.“

Die Gewerkschaften werden wahrscheinlich keinen Anlaß haben, auf ihre Forderung zu verzichten. Denn kein Unternehmer wird auf obige Aufforderung etwas anderes zu erwidern haben, als was von dieser Seite bereits gesagt worden ist: Arbeitszeiterlängerung und Lohnherabsetzung zum angeblichen Zwecke der Preisentwertung.

Wie es mit dieser Forderung in einem Augenblick sofortiger Notwendigkeiten bestellt ist, hat Leipart mit ausführlichen und beweiskräftigen Argumenten dargelegt. Selbst wenn solche Maßnahmen ein gangbarer Weg wären, würde man viel zu spät am Ziel eintreffen. Auch im günstigsten Falle — und mit diesem kann angesichts des bei dieser Krise besonders hartnäckigen Widerstandes des Zwischenhandels gegen die Anpassung der Kleinhandelspreise an die stark gesunkenen Großhandelspreise kaum gerechnet werden — kann die Preisentwertung nicht das Ausmaß der Lohnsenkung erreichen, d. h. der Reallohn würde sinken, weil Kapitalzins, Bodenrente und in erster Linie die Mieten sowie viele andere Faktoren nicht von der Kürzung betroffen würden. Ferner steht fest, daß eine allgemeine Senkung des Preisniveaus nahezu ein Jahr braucht, bis sie in den Kleinhandelspreisen zum Ausdruck kommt.

Aus all diesen Gründen faßte Leipart sein Urteil wie folgt zusammen: „Wir treten ein für jede mögliche Entlastung der Wirtschaft — wobei wir uns klar sind, daß die erste und vorbringlichste Entlastung in einer Sanierung der öffentlichen Finanzen besteht. Denn gesunde Finanzen sind Voraussetzung und Rückgrat einer gesunden Wirtschaft. **Wir fordern die 40-Stunden-Woche**, um unseren erwerbslosen Kollegen wieder Arbeit zu verschaffen — wobei wir uns klar sind, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Notmaßnahme ist, die nur allmählich die Genesung der Wirtschaft vorbereiten kann. **Wir bekämpfen die Senkung der Real-löhne**, weil sie den Aufschwung der Wirtschaft verhindert. Wir fordern die Ausglei-chung des deutschen Preispegels an die Weltmarktpreise durch rücksichtsloseste Bekämpfung unwirtschaftlicher Preisbindungen, durch entsprechende Kontrolle der Kartelle und auch durch das schärfste Mittel, nämlich durch Zollsenkungen. **Wir fordern eine zeitgemäße Umstellung der Landwirtschaft**, aber wir wehren uns gegen eine Kaufkraftverschlebung, die der Landwirtschaft höheren Gewinn auf Kosten der Arbeiterchaft zuschanzt. **Wir bekämpfen die Uebergewinne des Zwischenhandels**, die den Verbraucher ebenso ausbeuten wie den Erzeuger. **Wir bekämpfen den heutigen Jungeist der freien und der Zwangsinnungen**, die durch Verteuerung des Brotes, des Fleisches und anderer lebenswichtiger Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügen. **Wir fordern den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Produzenten wie der Konsumenten und unterstützen jede Bestrebung**, die die Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher zu gemeinsamem Handeln zusammenführt.“

## Die Arbeitszeit muß herunter!

(SGB.) Dem diesjährigen ameritanischen Gewerkschaftskongreß lagen bei der Behandlung der Frage der Arbeitszeitverkürzung sehr weitgehende Anträge vor. Ueber das Maß der Verkürzung war man sich nicht einig, hingegen herrschte volle Einstimmigkeit über die Notwendigkeit der Verkürzung an sich. In diesem Sinne sprach sich der Kongreß prinzipiell zugunsten der Fünftagewoche aus, wobei vor allem auch auf die psychologische Wirkung einer durch Arbeitszeitverkürzung herbeizuführenden gleichmäßigeren Verteilung der vorhandenen Arbeit Bedacht genommen wurde. Denn schon die Tatsache, daß eine Wirtschaft so reger und anpassungsfähig ist, daß sie eine solche Maßnahme durchführen und so wenigstens dem weiteren Anwachsen des Arbeitslosenheeres Halt gebieten kann, würde ein Zeichen ihrer inneren Spannkraft und Lebensfähigkeit sein. Ebenso unvoreingenommen brachte jedoch der Kongreß zum Ausdruck, daß damit die Wirtschaftskrise nicht aus der Welt geschafft wird. Er stellte sich auf den Boden der wirtschaftlichen Tatsache, daß man von der Verkürzung der Arbeitszeit nicht eine volle Behebung der Arbeitslosigkeit, sondern im besten Falle eine Milderung der Krise erwarten könne. Und weiter wurde gesagt, daß das wichtigste Glied dieser Kette wirtschaftlicher Ursachen und Wirkungen der Lohn ist, der den Konsum bestimmt, während die Arbeitszeit hauptsächlich eine Frage der Produktionsmenge ist.

Als die deutschen Gewerkschaften vor kurzem als Notmaßnahme die Einführung der 40-Stunden-Woche forderten, waren sie sich ebenfalls des Umstandes bewußt, daß damit die Krise nicht überwunden, ja sogar nur ein bescheidener Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden kann. Wenn sie die Forderung trotzdem mit allem Nachdruck erhoben, dann deshalb, weil bei der Eindämmung des Übels mit einer praktisch möglichen und sofort durchführbaren Maßnahme ein Anfang gemacht und jene Wendung zum Besseren herbeigeführt werden soll, die die psychologische und sachliche Voraussetzung eines allgemeinen Wiederaufstiegs sein kann.

Was haben die Unternehmer darauf geantwortet? Sie bestritten die Wirksamkeit und Durchführbarkeit einer solchen Maßnahme und verlangten Arbeitszeiterlängerung

und Lohnherabsetzungen, also eine Erhöhung der bereits zu umfangreichen Produktion und eine Herabsetzung der bereits zu geringen Kaufkraft.

Handelt es sich bei dieser Stellungnahme um mangelnde Erkenntnis oder nur um schlechten Willen? Ein Artikel von W. Bontinsty, dem Statistiker des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, läßt vermuten, daß auf alle Fälle der zweite Faktor eine sehr große Rolle spielt. Denn die Verkürzung der Arbeitszeit wurde bei der viel weniger scharfen Wirtschaftskrise des Jahres 1926 in viel höherem Maße durchgeführt und gerade damals hat sich gezeigt, daß die Arbeitszeitverkürzung die Resultate brachte, die man auch jetzt von ihr erwartet: Eine große Zahl von Arbeitern konnte wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet und damit eine gute psychologische Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben ausgeübt werden.

Der böse Wille der Unternehmer und ein dauerlicher Mangel an Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem ganzen Lande ist somit erwiesen. Wie steht es mit der Haltung der Gewerkschaften? Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gab darauf auf einer Rundgebung der freien Gewerkschaften des Rheinlandes eine ebenso würdige wie kluge Antwort. Zunächst sagte er „in aller Klarheit, daß auch die Gewerkschaften bei der Durchführung der 40-Stunden-Woche vor-sichtshalber nur mit einer Neueinstellung von  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  Million Arbeitsloser rechnen . . . Da jedoch niemand das Zauberwort kennt, das alle Räder mit einem Schläge in Bewegung setzt, ist es um so dringlicher, jede erdenkliche Maßnahme, wenn nicht zur Belegung der Wirtschaft, so doch wenigstens zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu prüfen . . . Wir sind uns bewußt, daß die Durchführung dieser Vorschläge keine unmittelbare Belegung der Wirtschaft herbeiführen wird, denn sie bedeuten nichts anderes als: Streckung der vorliegenden Aufträge und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf eine größere Anzahl von Arbeitern . . . Unsere Forderungen bieten in erster Linie eine Art Selbstversicherung für jene, die noch in Arbeit stehen und erst darüber hinaus eine Möglichkeit für die Wiedereingliederung von Erwerbslosen in die Betriebe“.

Trotzdem kein vernünftiger Mensch diese Schlußfolgerungen in Zweifel ziehen kann, sind

# Stimmen aus unserem Kollegentreis.

## Mehr Rückgrat!

Schwer liegt die Arbeitslosigkeit auf den Menschen, besonders schwer auf denen, die als Opfer der Arbeitslosigkeit gezwungenermaßen zum Teil schon recht lange Zeit feiern. Doch auch diejenigen unserer Mitglieder, die heute noch in den Betrieben stehen, haben standhaft zu sein, um ihre tariflichen Rechte festzuhalten und unter allen Umständen zu wahren. Wenn man als Funktionär des Verbandes mit den einzelnen Kollegen in Fühlung tritt, dann hört man jetzt so mancherlei, aus dem man schließen kann, wie so häufig die einzelnen Unternehmer versuchen, abgeschlossene Verträge zu durchbrechen. Da wird z. B. von einer Firma jetzt vor Weihnachten ein Kollege entlassen, der noch nicht so sehr alt und der noch arbeitsfähig ist und bereits 24 Jahre bei dieser Firma tätig war. Heute wird er als überflüssig angesehen. Unsere Kollegen sollten sich in gerechter Entrüstung gegenüber solchem Vorgehen einzelner Firmen wehren. Doch man hört von ihnen kein Wort. Sie fressen ihren Groll in stumpfer Resignation in sich hinein und arbeiten gleichgültig weiter ihr Penum herunter. Und viele andere Kollegen und Kolleginnen, bei denen der Versuch auf Kürzung der tariflichen Rechte unternommen wurde, sagen auch nichts.

Kollegen und Kolleginnen, wahrt eure Rechte und laßt die vertraglichen Bestimmungen nicht durchkreuzen. Gewiß ist die Arbeitslosigkeit ein drohendes Gespenst, das jeder jeden Tag vor Augen hat, doch man darf sich nicht so weit erniedrigen, daß man sich einfach alles bieten läßt, nur um nicht arbeitslos zu werden. Jeder einzelne sollte daran denken, wie den Arbeitslosen zumute ist, die ihr schweres Schicksal allein zu tragen haben. Obwohl Not, Sorge und Elend sie außerordentlich hart bedrücken, werden sie doch nicht zu Verrätern, die sich unter Tarif anbieten. Wenn ihr in Arbeit Stehenden das seht, dann habt auch ihr die Pflicht, jeden Versuch zur Durchbrechung eurer Rechte zu unterbinden. Ihr müßt dem einzelnen Unternehmer, der eine Umgehung des Tarifes plant, mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Nur dadurch erreicht ihr auch Achtung und Recht. Ueberall da, wo so gehandelt wird, werden sich die Unternehmer hüten, der Belegschaft Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zuzumuten. Also mehr Rückgrat zeigen, ihr Kollegen und Kolleginnen.

Habe-Erfurt.

\* \* \*

## Lohnabbau ist volkswirtschaftlicher Unsinn!

Gegenwärtig befinden wir uns in einer besonders schweren Weltwirtschaftskrise, die sich dem Arbeiter in der Form von Arbeitslosigkeit und Lohnabbauaktionen offenbart. Eine notwendige Erscheinung der Depression ist die große Vorratshäufung von Rohstoffen und anderen Produkten auf dem Weltmarkt, verbunden mit einem großen Preissturz. Zur Anhäufung dieser Vorräte hat auch die durch die Rationalisierung gesteigerte Produktion beigetragen. Die Weltmarktpreise vom Oktober 1930 sind gegenüber August 1929 für Weizen um 56 Proz., für Baumwolle um 45 Proz., für Kautschuk um 65 Proz. und für Kupfer um 44 Proz. gefallen. Das dauernde Sinken der Weltmarktpreise für Rohstoffe drückt stark auf die Preisbildung der Länder. In Deutschland hat man nicht allzuviel von dem großen Preissturz gemerkt, weil Kartelle und Preisvereinigungen durch ihre Preisdiktatur das Fallen der Preise verhindert haben. Alle freien, nicht kartellgebundenen Preise befinden sich seit Anfang 1928 in steter Abwärtsbewegung, dagegen sind die geregelten Kartellpreise seit Anfang 1928 dauernd gestiegen. Die anhaltende Krise mit ihren verschärften Absatzschwierigkeiten und der stärker werdenden Weltmarktkonkurrenz üben auch jetzt einen starken Druck auf die künstlich hohen Kartellpreise in Deutschland aus. Sie müssen unter diesen Druck heruntergehen. Würden sich die Unternehmer jetzt nicht durch Preisabbau neue Absatzmöglichkeiten schaffen, dann wäre eine weitere Einschränkung der Produktion die Folge, was Rückgang des Unternehmerprofits bedeutet. Und das wissen sie ganz genau, darum versuchen sie sich durch Lohnabbau für

den kommenden Preisabbau schadlos zu halten. Doch die ganze Theorie des Lohnabbaus hat ein großes Loch. Aus privatem Besitzinteresse und Profitstreben heraus versucht man das finanzielle Risiko der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzumwälzen, ohne aber nach dem volkswirtschaftlichen Schaden des Lohnabbaus zu fragen.

Die Ursache der Weltwirtschaftskrise liegt ja gerade an der falschen Einkommensverteilung des Arbeitsertrages, an den niederen Einkommen der Arbeiter und der hohen Akkumulation des Kapitals. Dadurch entsteht das Mißverhältnis zwischen Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelsphäre. Die Löhne steigen langsamer als die Preise, was ein stärkeres Ansteigen der Unternehmerprofite und ein Zurückbleiben der Massenkraft bedeutet. Der Unternehmerprofit wird zum größten Teil zur Akkumulation, Betriebserweiterung, verwendet, wird somit der allgemeinen Konsum- und Kaufkraft entzogen, schwächt also die Massenkraft.

Der Lohn hat in der Volkswirtschaft eine doppelte Funktion zu erfüllen. Einmal ist er ein bestimmter notwendiger Faktor der Gesehungskosten und das anderemal als Einkommen Kaufkraft, und zwar Massenkraft. Die Unternehmer sehen bei ihrer Lohnabbautheorie den Lohn nicht in seiner Funktion als Kaufkraft, sondern nur als einen bestimmten Faktor der Gesehungskosten. Wenn sie den Lohn als Gesehungskostenfaktor senken, müssen sie auch, ob sie wollen oder nicht, ihn als Kaufkraft mit senken. Und hierin liegt eben die große volkswirtschaftliche Gefahr des Reallohnabbaus. Der Lohn ist in der Volkswirtschaft als Kaufkraft ein beträchtlicher Faktor. Würde man durch Lohnabbau diesen Faktor, wenn auch nur prozentual, verringern, dann ist das gleichbedeutend mit einer Kaufkraftschwächung. Auch bei einer eventuellen folgenden Produktionssteigerung und Mehrreinstellung von Arbeitskräften bedeutet es eine relative Kaufkraftschwächung. Verhältnismäßiger Lohn- und Preisabbau, der gleichbleibenden Reallohn bedingt, kann auch nicht zur Ueberwindung der Krise führen, wenn nicht andere Momente mitwirken, weil dadurch die Kaufkraft des inneren Marktes nicht steigt. Die Krise kann jedoch nur durch ein verhältnismäßiges Steigen der Massenkraft überwunden werden.

Jede Produktion von Waren hat nur einen Sinn, wenn Absatzmöglichkeiten vorhanden sind, und diese werden nur durch Kaufkraft geschaffen. Produktionssteigerung ohne Kaufkraftstärkung hat keinen Zweck. Kaufkraftstärkung wird in einem Industrieland wie Deutschland nur erreicht durch Steigerung des Reallohnes, weil dieser hier die Massenkraft darstellt. Lohn- und Preisabbau ist gleichbleibende Kaufkraft im Inland. Wer aber glaubt, durch Preisentzungen die Ausfuhr gewaltig erhöhen zu können und so die Krise zu überwinden, der irt sich. Denn die deutsche Ausfuhr beträgt durchschnittlich nur 20 Proz. der Produktion. In Deutschland ist das Problem der Kaufkraftstärkung für den inneren Markt am wichtigsten.

Ist denn überhaupt eine Lohnsenkung notwendig, um die hohen Preise abzubauen? Sind die deutschen Löhne höher als die anderer industrieller Länder, um konkurrenzfähig zu sein? Einwandfrei steht fest, daß in den letzten Jahren die Produktionskosten durch die überall durchgeführte Rationalisierung beträchtlich gesenkt sind. Der Faktor Lohnkosten ist als Anteil an den Herstellungskosten gesunken. Das Sinken des Lohnkostenfaktors hätte ein Sinken der Preise zur Folge haben müssen. Statt dessen sind die Preise stabilisiert oder noch erhöht worden. Die Profitrate ist darum gestiegen. Die durch die Rationalisierung gesteigerte Profitrate läßt schon sehr gut einen Preisabbau ohne Lohnabbau zu, die Rentabilität der Wirtschaft würde gar nicht darunter leiden.

Der Lohnfaktor vieler Industriezweige zeigt, wie unsinnig die Forderung eines allgemeinen Lohnabbaus ist, da er in vielen Industriezweigen nur einen sehr kleinen Anteil an den Gesehungskosten einnimmt und ein Lohnabbau darum keine Verbilligung der Produktion bedeutet.

Die Rentabilität der deutschen Wirtschaft läßt sehr gut einen Preisabbau ohne Lohnabbau zu, weil trotz

der Senkung der Produktionskosten durch die Rationalisierung keine Preisherabsetzung und auch kein Lohnausgleich stattgefunden hat. Bei einem Preisabbau würde die Rentabilität der Wirtschaft keinen Schaden leiden, wohl aber der Reallohn gesteigert, somit die Kaufkraft erhöht. Weil aber dann der Preisabbau auf Kosten der erhöhten Profitrate der Unternehmer geht, die zum Sinken der Massenkraft geführt hat, Ursache der Krise und Arbeitslosigkeit ist, fürchten sie einen Profit- und Machtverlust, wehren sich dagegen und versuchen, sich durch Lohnabbau schadlos zu halten.

Das Unternehmerrätschen von den hohen deutschen Löhnen stimmt gar nicht. Professor Hermberg weist in seiner Broschüre „Kapitalbildung und Sozialpolitik“ sehr gut nach, daß wohl der Stundenlohn in Gold berechnet auf 185 Proz. des Vorkriegsstandes gestiegen, aber der Reallohn in Wirklichkeit gleich geblieben ist und nur die Vorkriegslebenshaltung ermöglicht. Er stützt sich auf Untersuchungen des Statistischen Reichsamts unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Sie haben ergeben, daß der Lohn für die Hauptmasse der Industriearbeiter nicht über 100 Proz. liegt, gegenüber dem Vorkriegsstand.

Ein weiteres Argument für den Lohnabbau ist die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland. Der beste Beweis für die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands ist schon die dauernde Ausfuhrsteigerung in den letzten Jahren. Ein Vergleich der deutschen Gold- und Reallohne mit den Löhnen anderer hochindustrieller Konkurrenzländer zeigt, daß die deutschen Löhne keineswegs zu hoch sind.

Aus diesen Tatsachen geht einwandfrei hervor, daß der Kampf der Unternehmer um den Lohnabbau nicht volkswirtschaftlichen Erwägungen entspricht, sondern nur ein Kampf um die Erhaltung der hohen Profitrate ist. Selbst bei einem Lohn- und Preisabbau wird dem Kapitalisten die gleiche Profitrate garantiert. Die Unternehmer und ihre bürgerlichen Volkswirtschaftler erheben gegen die Gewerkschaften den Vorwurf, sie ließen sich bei ihrem Kampf gegen den Lohnabbau nicht von volkswirtschaftlichen Gründen, sondern nur von Machtansprüchen leiten. Und selbst wenn dieser Kampf einen Machtanspruch darstellt, dann liegt er im Interesse der Volkswirtschaft, weil eine Reallohnsteigerung eine Kaufkraftstärkung ist, der Wirtschaft neuen Antrieb zur Entfaltung gibt und die Lebenslage der arbeitenden Menschen hebt, die mit ihrer Arbeitskraft den wichtigsten Faktor der Wirtschaft darstellen. Der Erhaltung des Menschen und der Verbesserung deren Lebenslage gilt überhaupt die Wirtschaft. Die Quelle allen Reichtums ist von jeher nur die Arbeit gewesen. Ist der Kampf um Kürzung der Profitrate ein Machtanspruch der Arbeiterklasse, dann ist er ein gerechter Machtanspruch.

G o t h a r W a n d, E r f u r t.

\* \* \*

## Unsere Invalidenversicherung.

Mit diesen Zeiten möchte ich unsere Kollegenschaft, vor allem die Funktionäre bitten, ihr Augenmerk auf die von der wirtschaftlichen Krise betroffenen arbeitslosen Kollegen zu richten. Es müßte unter allen Umständen darauf hingearbeitet werden, daß diesen Opfern die Möglichkeit gegeben wird, sich den Bezug der Invalidenunterstützung zu sichern durch Zahlung des Invalidenanteils. Was den Kriegsteilnehmern zugestimmt wurde, kann man, um sein soziales Gefühl nicht zu verlieren, den Opfern der Wirtschaftskrise, die ja auch eine Folge des Krieges ist, nicht vorenthalten. Ein großer Teil älterer tüchtiger Verbandskollegen liegt schon jahrelang auf der Straße, er hat auch keine Aussicht, in den Produktionsprozeß wieder eingereiht zu werden. Für ihn wäre es eine doppelte Härte, wenn er vom Bezug der Invalidenunterstützung ausgeschlossen würde. Auch die jüngere Generation würde solche Maßnahmen begrüßen, wenn auch nicht gleich, so doch später. Ebenfalls sind dann auch alle Arbeitslosen mit der Organisation mehr verbunden, was heute nicht der Fall ist, denn viele verlieren doch die Verbindung mit der organisierten Kollegenschaft, speziell in den kleineren Zahlstellen. Hoffentlich wird dieser Wunsch so vieler bald in die Tat umgesetzt.

G u s t a v B a c h m a n n - R a s s e l.

Abrechnung der Verbandsliste

Table with 2 columns: Description (e.g., Mitgliedschaft, Beiträge) and Amount (RM).

Waldhinder-Zeitung

Table with 2 columns: Description (e.g., Beiträge, Ausgaben) and Amount (RM).

Waldhinder-Zeitung

Table with 2 columns: Description (e.g., Beiträge, Ausgaben) and Amount (RM).

Waldhinder-Zeitung

Table with 2 columns: Description (e.g., Beiträge, Ausgaben) and Amount (RM).

Waldhinder-Zeitung

Table with 2 columns: Description (e.g., Beiträge, Ausgaben) and Amount (RM).

Waldhinder-Zeitung

Table with 2 columns: Description (e.g., Beiträge, Ausgaben) and Amount (RM).

Waldhinder-Zeitung

Dr. Renner, Verbandssekretär.

Abrechnung des Verbandes

Main financial statement table with columns: Name des Drees, Bilanzjahr, and various financial categories (Einnahmen, Ausgaben, etc.).

Abrechnung des Verbandes vom 3. Quartal 1930.

Table with 2 columns: Name des Drees and various financial categories (Einnahmen, Ausgaben, etc.).

Die wichtigste vorhergehenden Abrechnungen sowie

Verzeichnis der Mitglieder, Dr. Renner, Dr. Renner, Dr. Renner, Dr. Renner.

Abrechnung der Zahlstellen und Gew.

Table with 2 columns: Name des Drees and various financial categories (Einnahmen, Ausgaben, etc.).

Abrechnung ist nicht abschließend. Die Abrechnung ist am 31. Dezember 1930. Die Abrechnung ist am 31. Dezember 1930.

## Zur Abrechnung vom 3. Quartal 1930.

Nach der vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am 30. September 1930 18 399 männliche und 37 218 weibliche, zusammen 55 617 Mitglieder. Das bedeutet gegenüber dem Stand vom 30. Juni einen Rückgang in der Mitgliederzahl um 115 männliche und 506 weibliche, zusammen um 621 Mitglieder.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

	Mitglieder	
1. Beitragsklasse	219 männl.	4 923 weibl.
1. " m. Juv.	62	—
2. " "	375	9 773
3. " "	1 449	14 705
3. " m. Juv.	—	6 609
4. " "	3 042	1 100
5. " "	13 252	108

Außerdem gehören noch 1604 Handwerkslehrlinge der Lehrlingsklasse an, gegenüber 1590 am Schluß des vorigen Quartals.

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des 3. Quartals 206 männliche und 1054 weibliche Berufsangehörige sowie 145 Lehrlinge. Aus anderen Organisationen traten 32 männliche und 57 weibliche Mitglieder zu unserem Verband über. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

### a) Männliche:

Lehrlingsklasse	145 Eintritte und	3 Uebertritte
1. Beitragsklasse	16	2
2. " "	9	1 Uebertritt
3. " "	40	4 Uebertritte
4. " "	52	10
5. " "	89	12

### b) Weibliche:

1. Beitragsklasse	361 Eintritte und	3 Uebertritte
2. " "	345	30
3. " "	346	24
4. " "	2	—

An Eintrittsgeld wurden 753,— Mt. entrichtet, davon 196,20 Mt. von männlichen und 556,80 Mt. von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen wurden insgesamt 472 938,15 Mt. geleistet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder für 169 185 Beiträge = 229 694,10 Mt., auf die weiblichen Mitglieder für 349 964 Beiträge 240 151,05 Mt. und auf die Lehrlingsklasse für 20 620 Beiträge 3093,— Mt. Nach dem Durchschnitt berechnet, leistete in den 13 Wochen des Quartals jedes männliche Mitglied 9,2 Beiträge und jedes weibliche Mitglied 9,4 Beiträge. Die durchschnittliche Höhe jedes einzelnen Beitrags betrug bei den männlichen Mitgliedern 135,8 bei den weiblichen 68,6 Pf. und bei beiden zusammen 90,5 Pf.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die Beitragsleistung wie folgt:

### a) Männliche Mitglieder:

Lehrlingsklasse	20 620 Beitr. à 15 Pf. =	3 093,—
1. Beitragsklasse	2 331 Beitr. à 30 Pf. =	699,30
1. " m. Juv.	867 " à 50 " =	433,50
2. " "	3 405 " à 60 " =	2 043,—
3. " "	12 308 " à 75 " =	9 231,—
4. " "	27 079 " à 120 " =	32 494,80
5. " "	123 195 " à 150 " =	184 792,50
Zusammen	169 185 Beiträge	= 229 694,10

### b) Weibliche Mitglieder:

		Mt.
1. Beitragsklasse	45 050 Beitr. à 30 Pf. =	13 515,—
2. " "	92 450 " à 60 " =	55 470,—
3. " "	137 866 " à 75 " =	103 399,50
3. " m. Juv.	63 069 " à 85 " =	53 608,65
4. " "	10 452 " à 120 " =	12 542,40
5. " "	1 077 " à 150 " =	1 615,50
Zusammen	349 964 Beiträge	= 240 151,05

Für beitragsfreie Wochen infolge von Arbeitslosigkeit oder Krankheit wurden von den männlichen und weiblichen Mitgliedern zusammen für 191 706 Wochen beitragsfreie Marken gestellt. Durchschnittlich waren demnach in den 13 Wochen des 3. Quartals in jeder Woche 14 747 Mitglieder oder 26,5 Proz. der gesamten Mitgliederzahl erwerbslos.

An sonstigen Einnahmen sind in den Zahlstellen noch 678,50 Mt. zu verzeichnen. Davon 632,80 Mt. für zurückgezahlte Unterstufungen, 5,70 Mt. für verlorene Mitgliederzahl und 40,— Mt. für nachträglich gezahlte Kampfondsmarken.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gawe beliefen sich auf 474 369,65 Mt. Zuschüsse aus der Verbandskasse waren 46 792,40 Mt. für Zahlstellen und 25 900,— Mt. für die Bezirksleiter, zusammen 72 692,40 Mt. erforderlich.

Die gesamten Ausgaben der Zahlstellen und Gawe beliefen sich, ausschließlich der an die Verbandskasse eingekanteten Beträge, auf 449 967,65 Mt. An die Verbandskasse wurde der Betrag von 75 855,55 Mt. eingekantet.

Von den Ausgaben entfallen 243 409,60 Mt. auf die Arbeitslosenunterstützung, welcher Betrag sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt:

1. Klasse männl.	124,80 Mt.,	weibl. 1 867,50 Mt.
2. " "	850,—	16 915,60
3. " "	5 585,—	85 464,40
4. " "	16 770,10	6 797,50
5. " "	108 416,50	425,80
Ausländer	192,40	—
Zusamm. männl.	131 938,80 Mt.,	weibl. 111 470,80 Mt.

Für Krankenunterstützung waren 55 139,45 Mt. erforderlich, die sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt verteilen:

1. Klasse männl.	24,— Mt.,	weibl. 887,40 Mt.
2. " "	114,20	6 253,75
3. " "	563,20	20 103,40
4. " "	2 743,10	2 217,—
5. " "	21 815,10	418,30
Zusamm. männl.	25 259,60 Mt.,	weibl. 29 879,85 Mt.

Invalidenunterstützung kam an 333 männliche und 15 weibliche Invaliden im Betrage von 47 207,50 Mt. zur Auszahlung, für ärztliche Hilfe waren 177,56 Mt. zu erstatten. Für Unzulagsunterstützung waren an neun männliche und ein weibliches Mitglied zusammen 525 Mt. zu zahlen.

An die Hinterbliebenen von 30 männlichen und 1 weiblichen verstorbenen Mitgliedern wurden zusammen 2660 Mt. Unterstufungen gezahlt. Für Rechtsschutz wurden für 9 männliche und 9 weibliche Mitglieder zusammen 185,76 Mt. aufgewandt.

Notstandsunterstützung kam an 5 männliche und 1 weibliches Mitglied mit zusammen 195 Mt. zur Auszahlung. Als Gemahregelte waren 9 männliche und 13 weibliche Mitglieder mit zusammen 2954,40 Mt. zu unterstützen.

An Extraausstützung für ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder kam im dritten Quartal noch der Betrag von 13 338,50 Mt. zur Auszahlung.

Für Lohnbewegungen wurden in den Zahlstellen 1095,23 Mt. verausgabt, davon für Streitunterstützung an 4 weibliche Streitende 225,50 Mt.

Für außerordentliche Agitation wurden in den Zahlstellen 811,40 Mt. verausgabt. Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 82 268,25 Mt. den Zahlstellen und Gauen belassen werden. Als Vortrag für das 4. Quartal 1930 verblieben 45 593,88 Mt. in den Kassen der Zahlstellen und Gawe, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 42 744,71 Mt. gegenübersteht.

Nach den Separatabrechnungen der Bezirksleiter hatten diese an Ausgaben noch 25 615,18 Mt. zu bestreiten. In den Kassen der Bezirksleiter ist ein Bestand von 3288,35 Mt. vorhanden, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 1217,35 Mt. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 99 901,28 Mt. und an Ausgaben 168 704,92 Mt. auf, so daß eine Mehrausgabe von 68 803,64 Mt. zu verzeichnen ist.

Der Bestand der Reserven für die Invalidenunterstützung ist im 3. Quartal 1930 um 12 297,26 Mt. zurückgegangen.

Die Unterstützungskasse der Funktionäre schloß für das 3. Quartal 1930 mit einem Bestand von 121 946,53 Mt. ab. Fr. Lender.

## Arbeitsfreude und Freizeit.

Es ist kein Geheimnis, daß die Arbeitsfreude auf sehr tiefem Kurs steht. Die meisten Menschen üben ihre Tätigkeit gezwungen aus, sie warten auf den Augenblick, der sie von ihrer Arbeitspflicht erlöst. Auf diese Dinge weist Professor von Eckart in der „Woff. Ztg.“ Nr. 557 mit folgenden Worten hin:

„Man erfand das System der Ersparnis am Arbeitslohn und stellte, soweit wie möglich, neue Maschinen ein. Dann wechselte man, oft rigoros und unhuman, Schichten der Arbeiterschaft aus, entließ alte Arbeiter, verjüngte die Belegschaft, stellte zahlreiche Arbeitsprozesse auf ungelernete Arbeiter um und verringerte den Apparat der Verwaltung. Dann setzte die Lohnsenkungsaktion ein. Was aber nun? Der Augenblick kommt, wo an der Arbeitszeit ebensowenig verändert werden kann, wie an dem bis zu einer bestimmten Grenze gesenkten Lohn. Das Ende der Rationalisierungsepoche steht bevor. Man hat sich festgefahren und steckt in Zwangsausfaltungen. Weitere Arbeiterentlassungen und Produktionsbeschränkungen sind nicht tragbar. Sieht man die Arbeitsmenschen verschiedener Schichten im Bergwerk, Tiefbau, Maschinenfabriken oder wo es sei, in großen Kauf- und Handelshäusern, näher an, dann kann nach der überwiegenden Meinung der hierin tätigen Menschen selbst von einer Arbeitsfreude ernsthaft nicht die Rede sein. Ganz abgesehen davon, ob mechanische Arbeitsleistung überhaupt einen Wert in sich selber, für den angestrengt Tätigen tragen kann, unsere Massen empfinden ihn eben nicht mehr, sondern kennen höchstens noch „Lohnfreude“ und denken primär und überwiegend an die Zeit nach der Arbeit. Wird der Arbeiter nur einmal körperlich und geistig bis zur Ermattung angestrengt, oder, was, so paradox es klingt, ähnliche Resultate zeitigt, durch zu geringe Kurzarbeit oder langjährige Erwerbslosigkeit entnervt, so wird es zur Aufgabe von Staat und Gesellschaft, in ganz anderem Maße wie bisher für die Entspannung, Erholung, Anregung der Werttätigen zu sorgen. Die deutsche Sozialpolitik hat Außerordentliches geleistet, aber sie hat die von ihr Betreuten nur vor der schlimmsten Ausbeutung bewahrt, sie im Betrieb zu schützen, nach Verbrauch ihrer Kräfte gerade noch zu erhalten versucht. Für eine Wiederherstellung der sich täglich abnutzenden Arbeitskraft hat sie bisher noch so gut der Freizeit gehoben werden kann.

Selbst bürgerliche Leute sehen also nachgerade ein, daß es in der sozialpolitischen Fürsorge noch manches zu tun gibt. Wenn die Rationalisierungsperiode zu Ende geht und festgefahren ist und wir feststellen müssen, daß sie mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat, dann ist es an der Zeit, einmal darüber nachzudenken, wie die Arbeitsfreude durch eine günstige Ausgestaltung der Freizeit gehoben werden kann.

## Internationales.

Die Fachschule für Buchbinder in Kopenhagen.

Es ist gewiß kein Zufall, daß sich das norwegische und das schwedische Verbandsorgan vom Monat November, also zu gleicher Zeit, mit der Fachschule für das Buchbindergewerbe in Kopenhagen beschäftigen bzw. deren Entstehung, Entwicklung, Einrichtungen und selbst den Stundenplan gewissermaßen als mustergültig hinstellen. Wenn demgegenüber die dänische Organisation an den Lehrverhältnissen im eigenen Lande noch Kritik übt, dann beweist das nur, welche hohe Anforderungen unsere dänischen Kollegen auf beruflichem Gebiete, insonderheit auf die Ausbildung des Nachwuchses, zu stellen gewohnt sind.

### Unser Beruf in Polen.

Zur Ergänzung des in Nr. 48 veröffentlichten Berichts über unseren Beruf in Polen sei noch der Bericht über die Generalversammlung des polnischen Buchdruckerverbandes, dem auch die Buchbinder als Sektion angehören, nachgetragen: Aus dem Bericht für die Jahre 1928 und 1929 ist hervorzuheben: Anfang 1928 waren 3909, Ende 1929 5301 Mitglieder vorhanden. Davon entfielen 553 allein auf Warschau, wo am Jahresschluß 1929 insgesamt 1103 Mitglieder gezählt wurden. Die überaus schwierige Lage, in der sich das graphische und papierverarbeitende Gewerbe seit Jahren befindet, verschärfte sich immer empfindlicher. Infolgedessen kletterte auch die Arbeitslosenziffer unaufhaltsam nach oben, sie stieg von 474 im ersten Vierteljahr 1928 auf 1011 im vierten Vierteljahr 1929, mit anderen Worten: jedes fünfte Mitglied war ohne Beschäftigung. Heute steht die Arbeitslosenziffer schon auf rund 25 Proz. der Gesamtmitgliedschaft.

Die Mechanisierung des gesamten graphischen Gewerbes schreitet auch in Polen zusehends voran. Naturgemäß werden damit viele Arbeitskräfte zur Untätigkeit verdammt. So stieg z. B. die Zahl der arbeitslosen Handsetzer von 163 am Jahresbeginn 1928 auf 544 am Jahresschluß.

Die Lohnbewegung der beiden Jahre verlief in 13 Bezirken günstig, in 2 Bezirken blieben die Löhne stabil. Die Erhöhung bewegt sich zwischen 5½ bis 20 Zloty je Woche. Das Minimum schwankt zwischen den einzelnen Städten ganz erheblich. In Lemberg und Warschau beträgt es 115 Zloty je Woche, in Krakau 109, in Kattowitz 106,30, in Posen 95, in Pomerellen 92, in Wilna 79,50, in Bialystok, Brest, Grodno, Lublin, Kadmow usw. 70 bis 75 Zloty. Die Mindestlöhne für Buchbinder stehen um etwa 20 Proz. niedriger, während das Hilfspersonal etwa die Hälfte obiger Mindestlöhne zu beanspruchen hat, aber nicht überall bekommt, weil es viel zu schwach organisiert ist. Dasselbe ist von den Buchbindern zu sagen, die den tariflichen Mindestlohn nur dort erhalten, wo sie gut organisiert sind, also in den größeren Druckereibetrieben. In den kleineren Betrieben herrschen im allgemeinen recht klägliche Verhältnisse.

Für 1929 weist der Kassenbericht eine Einnahme von 838 504 Zloty und eine Ausgabe von 502 971 Zloty aus. Von der Ausgabe mußte rund die Hälfte für Erwerbslosenunterstützung bereitgestellt werden. Das Verbandsvermögen wird mit 417 000 Zloty angegeben. Außerdem fließen ansehnliche Summen aus Lokalbeiträgen in die lokalen Unterstützungskassen. Die Gesamtsumme der lokalen Unterstützung betrug 260 319 Zloty im Jahre 1928 und 360 191 Zloty im Jahre 1929.

Die Lehrlingsfrage, die in ihrem heutigen Ausmaß ein Krebsgeschwür für das ganze Druck- und Papiergewerbe ist, wurde besonders eingehend besprochen. Es soll versucht werden, bei den neuen Tarifverhandlungen die Lehrlingskala in das richtige Verhältnis zur Gehilfenzahl zu bringen und über deren Einstellung zu wachen. Weiter sollen Lehrlingsabteilungen gebildet werden, um den beruflichen Nachwuchs rechtzeitig der Organisation zu sichern.

Weiter wurde beschlossen: Die Generalversammlung findet alle drei Jahre statt. Die drei graphischen Verbände (der polnische, der deutsche und der jüdische Verband) sollen, wenn möglich, alsbald verschmolzen werden. Zu Militärlöhnen eingezogene Mitglieder erhalten täglich 2 Zloty. Der Vorstand soll einen einheitlichen Landestarif für die einzelnen Zweige des Gewerbes anstreben. Die Agitation unter dem Buchbinderpersonal soll besonders intensiviert werden. Weiter forderte die Generalversammlung ein Tarifgesetz, Befolgung der Arbeiterschutzgesetze. Insbesondere des Achtstundentages, Aufhebung der Buchdruckereien und Buchbindereien in Polizeiamtern, Gefängnissen und Klöstern, in denen das gewerbliche Puschertum gezüchtet wird. Schließlich wurde nach einem Referat über Polens politische und wirtschaftliche Lage eine Entscheidung angenommen, die gegen das heutige willkürliche und diktatorische Regierungssystem der Pilsudskischen Militärdiktatur energisch protestiert, eine Volks-

regierung verlangt, die Einführung eines Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes sowie eines Siebenstundentagesgesetzes zwecks Verringerung der Arbeitslosigkeit fordert. Endlich protestierte der Verbandstag gegen die Todesstrafe und gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten.

Aus Anlaß der Generalversammlung gab der Krakauer Ortsverein ein inhaltlich und fachlich vollendetes Festbuch heraus. Darin ist das Kapitel über die Geschichte des Krakauer Buchgewerbes besonders bemerkenswert, ferner über die Geschichte der Krakauer Buchdrucker-Kongregation von 1675 bis 1842 und dann weiter bis in die Gegenwart. Die Wurzeln des jetzigen Ortsvereins reichen bis in das Jahr 1675 zurück, er kann wohl als der älteste Vorläufer des beruflichen Zusammenschlusses innerhalb des Buchgewerbes gewertet werden. Ein Greif aus dem Jahre 1564, der von der „Kongregation“ als Stempel benutzt

## Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

**Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes**

wurde, schmückt die gediegene Festschrift, in die jeder Setzer, Drucker und Buchbinder seine ganze Kunst hineingelegt hat. Darin ist auch zu lesen, welche Vorrechte die Angehörigen des Buchgewerbes genossen. Sie hatten ihre eigene Gerichtsbarkeit und waren im übrigen nur dem Rektor der Universität Gehorsam schuldig. Im Statut vom Jahre 1691 ist unter Punkt 4 zu lesen: „Wer aber unüberlegt seinen Herrn verläßt und ihn davon zwei Wochen zuvor nicht unterrichtet, soll von keiner Druckerei eingestellt werden, sofern er nicht seinen Herrn und die Ältesten der Kongregation um Verzeihung bittet.“ So möchten es die Herren Unternehmer auch heute noch haben. Besonders die Besitzer der Buchbindereien versuchen dies immer wieder, weil sie wissen, wie wenig noch ihre Arbeitnehmer von der Macht der Organisation durchdrungen sind, was aus dem interessanten Abschnitt über die Geschichte der Krakauer Buchbinder deutlich hervorgeht.

Victor Kalinowski.

## Berichte.

**Bielefeld.** Am 29. November fand in der „Eisenhütte“, dem Haus der Metallarbeiter, unsere Jubilärfest. Gewiß ist die gegenwärtige Zeit, in der Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger ständige Gäste auch bei einem Teil unserer Kollegenschaft sind, nicht gerade dazu ansetzen, Feste zu feiern. Doch wir glauben unter Vorbehalt trotzdem verantworten zu können, zumal es sich für uns um Kollegen handelte, die sich schon in der Frühzeit unseres Verbandes verdient gemacht hatten. Auch das war ein Grund mit, das Fest zu veranstalten, daß unsere jüngeren Kollegen diese Feiern gern beizubehalten und für uns gilt es, solche Gelegenheiten auszunutzen, um der jungen Kollegenschaft mit aller Deutlichkeit zu zeigen, daß gerade in der heutigen Zeit eine gute Beteiligung am Verbandsleben zwingende Pflicht ist. Dabei kann der älteren Kollegenschaft auch gesagt werden, wie schwer es früher war, für eine Sache einzutreten und zu kämpfen, die auch heute noch für unsere Jubilare wahre Religion bedeutet.

Mit Ausnahme eines, der aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend sein konnte, nahmen alle

Jubilare an unserer Veranstaltung teil, zu der sich auch eine stattliche Anzahl unserer Mitglieder eingefunden hatte. Kollege Ströhl begrüßte die Jubilare und die Erzdienenden, besonders auch unseren Gauleiter Kollegen Kornacker-Hannover, auf das herzlichste. Nach einigen Liedern, die vom graphischen Gesangverein prächtig zu Gehör gebracht wurden, hielt Kollege Kornacker die Festrede. Er überbrachte zugleich die Glückwünsche des Verbandsvorstandes und des Gauwes und überreichte den Jubilaren Diez, Fliet, Adam, Dohr, Hergt, Opier, Otkmann, Böhl, Repohl, Siemede, Vogelbein, Kurheide, Schulz und Bauer die Ehrenurkunde des Verbandes. 25 Jahre bedeuten für die Geschichte nicht viel, doch 25 Jahre Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ist sehr viel, so daß es schon der Mühe wert ist, einen Rückblick zu geben in die Zeit, in der noch Befremdung dazu gehörte, für die Organisation tätig zu sein. Unsere jüngere Generation weiß nichts von der Unfreiheit, von Drangsalierung und Verfolgung und den vielen anderen Schikanierungen, die in früheren Jahren unsere damaligen Mitglieder ertragen mußten. Erst durch die rege Tätigkeit der Alten im Verband haben wir uns unsere jetzige Position im Wirtschaftsleben erkämpft. Leider leben wir heute in einer außerordentlich trüben Zeit, darum ist es auch heute leichter, mehr an das Gefühl im Menschen, als an den Verstand zu appellieren. Die jetzige Wirtschaftskrise bedroht das Verlangen des kapitalistischen Systems. Dieses System beseitigen wir nicht, wenn wir den nationalistischen Schreibern nachhaken, sondern wenn wir an den Aufgaben der Arbeiterbewegung tatkräftig mitarbeiten und jederzeit für Einigkeit und Geschlossenheit eintreten. Damit ehren wir unsere Jubilare am besten, wenn wir ihnen nachsehen und sie ersehen, wenn ihre Kraft nicht mehr ausreicht. Mit einem Hoch auf die Jubilare schloß Kornacker seine Ausführungen.

Unser früherer Vorsitzender, Kollege Roß, gehört in diesem Jahre 25 Jahre dem Vorstand an, davon 10 Jahre als Vorsitzender. Seiner gedächte Kollege Kornacker besonders. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Roß für die Ehrung und für die erwieften Aufmerksamkeiten, er legte auch für die übrigen Jubilare das Gelübde ab, weiter für den Verband tätig sein zu wollen. Die jüngere Kollegenschaft feuerte er an, das gleiche zu tun. Geschehe dies, dann wird unser Verband auch fernerhin ein sicherer Schutz für unsere Kollegenschaft sein. Musikalische Darbietungen des graphischen Gesangvereins und auch Lieder zur Laute des Herrn Grabe fanden den ungeteilten Beifall der Anwesenden. Kollege Ströhl dankte allen denen, die mitgeholfen haben, das Fest zu verschönern. Anschließend kam dann auch die Jugend auf ihre Kosten, das Langbein wurde fleißig geschwungen. Der Abend verlief in vollster Harmonie, und wir wünschen, daß diese nicht nur bei Festlichkeiten, sondern auch im Kampf des Alltags vorhererleben möge.

**Dresden.** „Der Todesstoß für die Kartomagenbranche!“ So lautete das Thema einer Versammlung, die für die Angehörigen dieser Branche für den 3. Dezember einberufen war. Im neuen Kongreßsaal des Volkshauses konnten die Besucher nicht alle Platz finden, so daß die antecessenden Räume mit benutzt werden mußten, ein Beweis dafür, welche lebhaftes Interesse diese Frage bei unseren Mitgliedern erweckt hat. Kollege Scheibe behandelte zunächst die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Klar und für jeden verständlich zeichnete er auch die Ursachen auf, die zu der jetzigen Weltwirtschaftskrise führten und nahm zum Kernpunkt seiner Ausführungen die Maßnahmen, die jetzt von der Reichsregierung ergriffen wurden, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch aufzuhalten. Als eine solche Maßnahme gelten auch die neuen Steuererhöhungen. Die Auswirkungen dieser neuen steuerlichen Belastungen werden für die Arbeiterschaft äußerst fühlbar sein. Die neue Tabaksteuererhöhung wird für die in der Zigarettenfabrikationsbranche beschäftigte Arbeiterschaft weitere Massenentkaffungen bringen. In der Hand von Beispielen wies Kollege Scheibe nach, wie die einzelnen Tabaksteuererhöhungen von 1920 bis jetzt die Kartomagenbranche hier an Orte beeinflusst haben. Jede dieser Steuererhöhungen war für die Zigarettenbetriebe Anlaß, eine Verbilligung der Kartomagen anzustreben. Durch die Befestigung der Handarbeit und die Einführung der maschinellen Kartomagenherstellung war diese Verbilligung auch möglich. Diese Umstellung bedeutete jedoch zunächst das Ueberflüssigwerden aller Facharbeiterinnen. Sie brachte aber auch weiter einen fast 60prozentigen Rückgang der in der Branche Beschäftigten. Von den im Jahre 1923 vorhandenen 80 Betrieben mit 6600 Beschäftigten zählen wir heute nur noch 35 Betriebe mit rund 2700 Personen. Wenn auch durch diese Umstellung mancher Betrieb verschunden ist, der wirtschaftlich keine Existenzberechtigung hatte, dann sind doch aber auch Betriebe mit erfaßt worden, in denen vorbildliche Lohn- und

### Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 51. Wochenbeitrag für 1930 fällig. Nach § 6 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achtet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

Arbeitsbedingungen vorhanden waren. Auch die neue Tabaksteuererhöhung wird wieder einschneidende Veränderungen in der Kartonnagenbranche zeitigen. Dem Ruf nach weiterer Verbilligung der Verpackung haben die Maschinenfabriken zum Teil schon Rechnung getragen. Höchstleistungsmaschinen unter fast gänzlicher Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft werden heute schon für die Kartonnagenbranche gebaut. Daraus muß sich erneut eine weitere Einschränkung der Beschäftigtenzahl ergeben. Mit diesen Auswirkungen hat auch die Reichsregierung gerechnet, indem sie den infolge der Tabaksteuererhöhung arbeitslos werdenden eine besondere Unterstützung auf eine bestimmte Zeit zubilligt. Beifällig wurde von der Verammlung die Mitteilung entgegen genommen, daß auch unser Verbandsvorstand sich lebhaft bemüht hat, daß auch unsere durch die Steuererhöhung geschädigten Mitglieder der Kartonnagenbranche in den Kreis der Unterstützten mit einbezogen werden. Man erwartet weiter, daß diese Bemühungen fortgesetzt werden, bis die gesamte Zigaretten-Kartonnagenbranche für diese Unterstützungsmaßnahmen anerkannt worden ist. Kollege Scheibe ging dann noch auf den jetzt so lebhaft propagierten Preisabbau ein. Dieses für die Arbeiterschaft bestimmte Märchen hat zunächst die einzige Auswirkung gezeigt, daß die Unternehmer um so lauter nach einem möglichst hohen Lohnabbau schreien. Hier gilt es für die gesamten Branchenangehörigen, alle Kräfte anzuspannen, um den wirtschaftlichen Nöten und dem Ansturm der Unternehmer trocken zu können. Immer wieder muß der Arbeiterschaft eingehämmert werden, daß der einzige und beste Schutz in allen Wirtschaftslagen eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation und eine klare zieldischere politische Betätigung ist.

Das lebhafteste Interesse, mit dem die Verammlung den Ausführungen folgte und der Beifall bewiesen am besten, daß Kollege Scheibe bei den Zuhörern volles Verständnis gefunden hatte. Kollege Sommer schuh wies hierauf noch kurz auf die Lage in der Branche hin und bat ganz besonders alle noch in Arbeit Stehenden, auf die jetzt im Umlauf befindlichen Sammellisten für unsere Arbeitslosen recht erheblich zu zeichnen. Kampfenfloslosigkeit und Solidaritätsgefühl dürfen trotz aller wirtschaftlichen Notlagen nicht erschüttert werden.

**Samburg-Altona.** Am 21. November fand unsere Generalversammlung statt, die sich eines recht guten Besuches erfreute. Als Tagesordnung war vorgelesen Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichts und ein Vortrag des Kollegen Wienide (Berlin) über die tariflichen Verhältnisse unseres Verbandes.

Im Geschäftsbericht ging Kollege Küster auf die Vorgänge im 3. Quartal ein. Er hob hervor, daß es gelungen sei, für den Arbeitsnachweis neue Aufenthaltsräume zu schaffen, die wesentlich besser seien als früher, und daß der Verwaltungsausgleich zugestimmt habe, daß während der drei Wintermonate die Arbeitslosen nur an drei Tagen ihrer Stempelpflicht genügen. Er verwies weiter auf die Änderungen, die auf tariflichem Gebiet eingetreten sind und nahm Bezug auf Unstimmigkeiten, die sich unter einem Teil der Kolleginnen bei der Firma L. u. F. bemerkbar gemacht haben. Auch Vorkommnisse bei der Firma Fuchs, die einen Abbau der über-tariflichen Akkordverdienste herbeiführte, waren Gegenstand eingehender Erörterung.

Kollege Thierbach berichtete über die Kassenverhältnisse. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von 28 753,42 Mk. Die Verbandskasse hatte eine Ausgabe von 26 285,85 Mk. zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 821 gestiegen und es ist leider zu befürchten, daß sich diese Zahl im folgenden Monat noch weiter erhöhen werde.

In der sich an die Berichte anschließenden Diskussion kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, die von einigen der kommunistischen Partei angehörigenden bzw. ihr nahestehenden Verbandsmitgliedern hervorgerufen wurden. Den Anlaß hierfür bot die Abänderung des „Apl“-Tarifes bzw. die Änderung in der Lohnskala für Arbeiterinnen. Bezeichnend für den Geist dieser Opponenten war, daß sie sich

über die Beseitigung der Ueberstundenprogenie für die dritte und vierte Ueberstunde und darüber hinaus besprachen. Die RGD. hat schon recht, meinte eine sich besonders wild gebärdende Kollegin. Die Worte RGD. fanden überhaupt mehrfach Erwähnung, was wohl darauf zurückzuführen war, daß durch eine wüste Flugblatthege gegen den Kollegen Küster und die Verbandsleitung der Boden vorbereitet worden war. Erst nach vielen Mühen gelang es der Verammlungsleitung, die Ruhe wieder herzustellen, so daß Kollege Wienide zu seinem Vortrag über „Die tariflichen Verhältnisse in unserem Verband“ kommen konnte.

Kollege Wienide ließ einleitend keinen Zweifel darüber, daß die Verbandsleitung einmütig der Auffassung ist, daß für Angehörige der RGD. in unserer Organisation kein Platz sein könne. Diese eindeutige und mit großer Schärfe gegebene Erklärung wurde von der Mehrheit der Verammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen. In einstündigen, äußerst scharfen, doch sachlichen Darlegungen gab lobend Wienide ein Bild von der Entwicklung unserer Tarifverträge. Dabei verwies er besonders auf die Erneuerung der Reichsmantelverträge im letzten Jahre, auf die Vorkommnisse in Hamburg und berichtete anschließend über Verhandlungen, die mit der Firma L. u. F. geführt worden waren. Die Ausführungen Wienides, die im Gegenlag zu dem vorhergehenden ganz unberechtigten Sturm mit großer Ruhe angehört wurden, fanden den stürmischen Beifall nahezu der ganzen Verammlung.

In der sich anschließenden Aussprache trat dann auch niemand auf, der gegen die Darlegungen des Kollegen Wienide etwas einzuwenden hatte. Ein Redner beklagte sich über die Art der Diskussion bei den vorhergehenden Punkten der Tagesordnung und mahnte zur sachlichen und objektiven Prüfung der Dinge. Andere Redner forderten Bemühungen der Ortsleitung, damit den Erwerbslosen freie Fahrt auf den Verkehrsmitteln gegeben werden und bezüglich der Vorgänge bei L. u. F. beauftragt der Betriebsrat der Firma die Sachdarstellung des Kollegen Wienide.

In keinem Schlusswort wandte sich Wienide noch einmal in eindringlichen und scharfen Worten an diejenigen, die sich zur sogenannten Opposition zählen und ermahnte sie zu sachlicher Gewerkschaftsarbeit. Angesichts der derzeitigen Vorgänge auf lohnpolitischer Gebiete sei keine Zeit zu unsächlichen Auseinandersetzungen und zur Zerstückelung der Gewerkschaftsfront. Nur Treue zur Organisation und festerer Zusammenschluß könne uns von Nutzen sein. Mit diesem Hinweis fand die Verammlung in später Abendstunde ein gutes Ende.

**Limbach, S.** Am 28. November veranstaltete unsere Zahlstelle eine gutbesuchte Festversammlung, in der drei Jubilare für 25jährige Organisationsreue geehrt wurden. Kollege Leibniz begrüßte alle Erschienenen, besonders auch den Gauleiter Kollegen Miering-Chernitz. Als Vertreter des Verbandsvorstandes sowie der Gauleitung hielt Koll. Miering die Festrede. Ausgehend von der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise mit ihren trostlosen Folgen würdigte er die Verdienste, die sich die drei Jubilare um die Zahlstelle als aktive Funktionäre erworben haben. Besonders unsern derzeitigen Finanzminister, den Kollegen Graupner, wünschte er noch lange als Kassierer für Limbach. Er überbrachte die Glückwünsche des Verbandsvorstandes und der Gauleitung und überreichte den Jubilaren die Ehrenurkunde. Kollege Leibniz überbrachte die Glückwünsche der Zahlstelle und würdigte die Verdienste der Jubilare. Es fand dies die Kollegen Graupner, Richter und Sehmant. Letztere dankten und brachten Ergebnisse aus der alten guten Zeit zum besten. Musikalische Darbietungen des Kollegen Neukirchner zeigten gutes Können. Der Festabend verlief bei bester Stimmung. Gegen 2 Uhr trennte man sich mit dem Gefühl, ein schönes Erlebnis gehabt zu haben.

**Nürnberg.** In der Buchbindereiabteilung einer chemischen Fabrik brachte ein älterer Kollege die rechte Hand so unglücklich in den Dreifachweber, daß er den Zeigefinger fast vollständig einbüßte. Nach erfolgter Heilung wird nur noch ein unbedeutender Stumpf übrig bleiben. — In einer Pragerei brachte ein 15jähriger Lehrling die rechte Hand in eine Tegel-druckpresse, wobei ihm drei Finger der rechten Hand gequetscht wurden.

Diese beiden Unfälle haben sich in den letzten Wochen schnell hintereinander zugezogen. Nach uns gemachten Mitteilungen sind im ersten Falle die Schutzvorrichtungen mangelhaft gewesen. Außerdem ist es die Hast, mit der heute fast überall gearbeitet wird, der ein gerüttelt Maß an Schuld zuzuschreiben ist. Was den Unfall des jugendlichen Pragerlehrlings anbetrifft, so hat es hier an der notwendigen Aufsicht gefehlt. Aber auch die Schutzvorrichtungen waren äußerst mangelhaft. Auch in diesem Falle hat die Verletzung für den 15jährigen zeitlichen nachteilige Folgen.

### Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Immer und immer wieder muß die Mahnung an alle Kollegen und Kolleginnen gerichtet werden, alle Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die Schutzvorrichtungen in gutem Zustand sind. Aber auch die übertriebene Hast bei der Arbeit ist zu unterlassen. Die Unfälle beweisen mit erschreckender Deutlichkeit, daß übermäßige Hast an allen Maschinen die Gefahr schwerer Unfälle in sich birgt und daß sie die Verletzten zeitweilig in ihrer Arbeitsleistung erheblich beeinträchtigt und womöglich zur dauernden Arbeitsunfähigkeit bzw. Invalidität führt. Kollegen und Kolleginnen! Achtet auf die Erhaltung eurer gesunden Glieder.

**Neutlingen.** In der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 28. November erstattete Kollege Speidel einen Bericht über den guten Verlauf unserer Familienunterhaltung, bei der die Kollegen Widmann und Weipert ihr 25jähriges Verbandsjubiläum feiern konnten. Beide erhielten die Ehrenurkunde des Verbandes und ein Angebinde von der Ortsverwaltung. Kollege Gauleiter Döbbling gab einen mit großem Interesse entgegengenommenen Bericht über die gegenwärtige Situation. Weiter verlas Speidel einige empelaufene Schreiben und berichtete über die Maßnahmen des Ortsausschusses zur Unterstützung und Vinderung der Arbeitslosigkeit. Anschließend gab Kollege Späth den Kassenbericht. Auch bei uns sind die Ausgaben für arbeitslose Mitglieder erheblich gestiegen. An die Verbandskasse konnten trotzdem 1250 Mk. einbezahlt werden. Die Lokalkasse schloß mit einem Bestand von 1536 Mk. ab. Für unsere arbeitslosen und inaktiven Mitglieder wurden 60 Mk. als Weihnachtsgeld bemittelt. Nachdem noch eine andere interne Angelegenheit ihre Regelung gefunden hatte, konnte Kollege Speidel die Verammlung mit Dankesworten schließen.

### Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Die Lokalt Beiträge sind in der Zahlstelle Rostock ab Woche 1/1931 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
	31.	31.	31.	31.	31.
	5	10	10	25	25

\*

#### Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.

**Odenburg:** B. u. K.: Heinrich Bübbe, Donnerstschweerststraße 20, II.

Der Verbandsvorstand.

### Inhaltsverzeichnis.

**Hofverordnung!** Kleine Erleichterungen — Große Belastungen!

**Die Arbeitszeit muß herunter!**

**Stimmen aus unserem Kollegenkreis:** Mehr Rückgrat — Lohnabbau ist volkswirtschaftlicher Unsinn! —

**Unsere Invalidenversicherung.**

**Abrechnung des Verbandes vom 3. Quartal 1930.**

**Arbeitsfreude und Freizeit.**

**Internationales:** Die Fachschule für Buchbinder in Kopenhagen. — Unser Beruf in Polen.

**Berichte:** Bielefeld. — Dresden. — Samburg-Altona. — Limbach. — Nürnberg. — Neutlingen.

**Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes:** Lokalt Beiträge. — Adressenänderungen.